

NEIN zur Volksinitiative

«Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung

– Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz » (Trinkwasser-Initiative)

Die Mitglieder der IG BIO sind zertifizierte Bio-Unternehmen und bekennen sich ausdrücklich zu einer nachhaltig produzierenden, ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft. Die IG BIO setzt sich ein für die Förderung von Bio in der Schweiz, auch mit dem Ziel einer Reduzierung von Pestizid- und Antibiotika-Rückständen in Lebens- und Futtermitteln auf das absolute Minimum.

Die Schweizer Bio-Lebensmittel- und Bio-Futtermittel-Unternehmer sehen einen dringenden Handlungsbedarf zur Eindämmung des Einsatzes von Pestiziden und für einen geregelten Einsatz von Antibiotika. **Die IG BIO begrüsst daher grundsätzlich den Gedanken der Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz», lehnt sie aber auf Grund der folgenden Überlegungen ab:**

- Die Initiative geht mit ihrer Kombination von Bedingungen, die für den Erhalt von Direktzahlungen zu erfüllen wären, sehr weit. Insbesondere der gänzliche Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und die Vorgabe, nur so viele Tiere zu halten, wie mit im eigenen Betrieb produziertem Futter ernährt werden können, sind **Forderungen, die heute selbst Bio-Betriebe vor grosse Herausforderungen stellen würden und flächendeckend schwer umzusetzen wären.**
- Die Kopplung der Vorgaben an die Direktzahlungen stellt sicherlich einen wirksamen Anreiz zur Ausweitung der Bio-Produktion in der Schweiz dar. Doch da die Vorgaben **nicht verbindlich** sind, würden zahlreiche Betriebe **aus dem Direktzahlungsmodell aussteigen**, weil es sich für sie unter dem Strich mehr rentiert, darauf zu verzichten. Damit würde insgesamt der Einsatz von Pestiziden unter Umständen nicht reduziert, sondern erhöht.
- Des Weiteren bedeutet die Kopplung der Vorgaben an die Direktzahlungen, dass nur die Inlandproduktion, **nicht aber die Importe betroffen wären.** Schweizer und ausländische Produzenten wären nicht mit gleich langen Spiessen ausgestattet, und die Importe – vor allem preisgünstigerer konventioneller Waren – würden steigen. Dadurch geriete die Schweizer Landwirtschaft noch **stärker unter Druck.**
- Die Initiative würde zwar wahrscheinlich zu einer Zunahme der inländischen Bio-Produktion, insgesamt auf Grund höherer Produktionskosten aber zu einer **Schwächung der Inlandproduktion** und einem Anstieg des Preisniveaus führen. Dies würde den **Einkaufstourismus** befeuern, was den Zielen der Initiative letztlich zuwiderliefe. Konsumenten würden im Ausland Produkte kaufen, die oft weniger tierfreundlich und unter Einsatz von grösseren Mengen an Pestiziden und Antibiotika produziert werden. Auch werden ausländische Produkte meist nur weniger hohen Bio-Ansprüchen gerecht als die heimischen Bio-Produkte.
- Als besonders problematisch ist hervorzuheben, dass die **Ökobilanz der durch die Initiative bewirkten Veränderungen insgesamt womöglich negativ** ausfiele. Dies einerseits wegen des Verzichts vieler Betriebe auf Direktzahlungen und des damit verbundenen erhöhten Pestizideinsatzes und andererseits wegen der Zunahme der Importe.

Gerade die Bio-Unternehmer nehmen die in der Initiative angesprochenen Herausforderungen bereits heute sehr ernst und arbeiten täglich zur Umsetzung der Anforderungen der Bio-Verordnung auch auf die **allgemeine Reduktion von Pestiziden** hin.

Auch der langfristige Erhalt der Wirksamkeit von Antibiotika für Tier und Mensch und die damit verbundene Reduzierung des (prophylaktischen) Einsatzes von Antibiotika sind für Bio-Unternehmer verpflichtend und werden z.B. im Rahmen der *Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR)* verfolgt. Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft ist seit Jahren stark rückläufig. Ebenso befürwortet und stützt die IG BIO auch die bereits bestehenden und wirkungsvollen Selbstverpflichtungen der Schweizer Bio-Branche zur Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika.

Die IG BIO bedauert, dass das Parlament die Diskussion zur AP22+ auf unbestimmte Zeit verschoben hat und dass damit eine weitere und dringend nötige Ökologisierung der Landwirtschaft in weite Ferne gerückt ist. Sie begrüsst jedoch die Annahme der parlamentarischen Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» durch das Parlament, wodurch nun konkrete Reduktionsziele für Pestizide festgeschrieben werden. Diese bieten die nötige Flexibilität und Praxisnähe, um bei dem Ziel einer Eindämmung von Pflanzenschutzmitteln wirksam voranzukommen. Gleichzeitig ist zu bemängeln, dass solche Ziele nicht auch für Nährstoffverluste definiert wurden. Die IG BIO fordert die Politik deshalb auf, hier wirksamere Massnahmen zu definieren, um den berechtigten Anliegen der Initiative Rechnung zu tragen. Die Initiative lehnt sie hingegen ab, da das paradoxe Risiko besteht, dass sich die Umweltbelastung im Falle einer Annahme unter dem Strich nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert.

Kontakt :

Niklaus Iten, Präsident (076 415 21 28, niten@bio-familia.com).

Karola Krell Zbinden, Geschäftsführerin (031 352 1188, karola.krell@foodlex.ch)

Die IG BIO vereinigt Schweizer Bio-Lebensmittel-Unternehmer aus Grosshandel, Logistik, Verarbeitung und Detailhandel. Bio ist branchenübergreifend und findet sich in fast allen Lebensmittelkategorien von Fleisch und Fisch über Teigwaren, Suppen und Schokolade bis Müesli und Fruchtsäfte.

Seit ihrer Gründung im Mai 2015 ist die IG BIO Ansprechpartnerin, Vertreterin und Meinungsbildnerin und als Interessensvertretung der Bio-Branche Schweiz von den Bundesämtern und Vollzugsbehörden sowie weiteren Bio-Organisationen anerkannt.